



LBBW

Burkerts Blick

Strategy Research | Kommentar des LBBW Chefvolkswirts

Sechs Monate „GroKo“

Eine Zwischenbilanz

Noch am Abend der Bundestagswahl am 24. September 2017 erklärte die SPD, die bis zu dieser Wahl vereinbarte Koalition mit der CDU nicht weiter fortsetzen zu wollen. Nach dem Scheitern schwarz-gelb-grüner Koalitionsgespräche Mitte November 2017 nahmen Union und SPD gleichwohl Koalitionsgespräche auf. Die für deutsche Verhältnisse lange Phase der Regierungsbildung trat in ihre entscheidende Phase, als die SPD-Mitglieder den zuvor zwischen Union und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag billigten. Am 14. März schließlich wurde Angela Merkel vom Bundestag gewählt und vom Bundestagspräsidenten vereidigt. Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen. Ich ziehe eine erste Bilanz.

Pluspunkt Haushaltspolitik

Ein Pluspunkt ist die Fiskalpolitik. Die Bundesregierung hat geliefert. Indes sind die Umstände derzeit sehr günstig. Eine Phase sehr guter Konjunktur trifft auf extrem niedrige Zinsen. Dies kommt den Gebietskörperschaften ebenso zugute wie den Sozialversicherungen. Dass diese günstige Phase zum Schuldenabbau genutzt wird, ist zu begrüßen, ebenso das Versprechen von Finanzministers Scholz, weiterhin ohne neue Schulden auszukommen. Aber: Die Gunstphase wird nicht ewig anhalten. Die Zeit niedriger Zinsen endet irgendwann, die Lasten der demographischen Alterung kommen so sicher wie der nächste Winter.

Europapolitik ist Chefsache

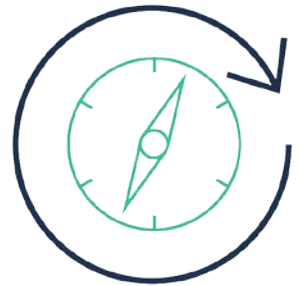
Die Bundeskanzlerin hat seit „Meseberg“ zurückhaltend agiert. Weichenstellungen vermied sie. In Frankreich hat Macron Zustimmung verloren und wird zu kämpfen haben, die Modernisierung seines Landes voranzutreiben. In Italien hält der Aufstieg der Populisten das Land gefangen. Als Reformpartner fällt Ita-

Uwe Burkert

Chefvolkswirt und
Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

 LBBW_Research



Fiskalpolitik profitiert von günstigen Umständen

Chefsache EU-Politik

lien aus. Andere gewichtige Unterstützer sind in Europa nicht in Sicht. Das politische Europa dürfte eine Reformpause einlegen. Im kommenden Jahr stehen die Wahlen zum EU-Parlament sowie eine Reihe wichtiger Personalentscheidungen an (u.a. EU-Kommission und EZB). Schon jetzt verlegt sich die Bundesregierung aufs Taktieren. Das Zeitfenster für EU-Reformen hat sich wohl damit wohl erst einmal geschlossen.



Bei der Digitalisierung hinkt Deutschland hinterher.

In Sachen Digitalisierung befindet sich Deutschlands öffentliche Verwaltung im europäischen Vergleich nur auf Platz 21. Deutschland braucht offenbar endlich ein Digitalministerium. Dies wurde im Wahlkampf bereits z.B. von der FDP gefordert. Vor der Regierungsbildung auch von einigen Politikern der „GroKo“. Geschehen ist - fast nichts. Es gibt nun im Kanzleramt nur eine Staatsministerin für Digitales, die keinen Kabinettsrang und wenig Spielraum hat.

Um die Zahl der Ministerien zu begrenzen, könnte die Abschaffung des Landwirtschaftsressorts sinnvoll sein. Der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP liegt unter 1%. Der Etat des Ministeriums ist 6 Mrd. Euro gemessen am Bundeshaushalt mit 350 Mrd. Euro klein. Die Themen könnten auf andere Ministerien verteilt werden, die Mittel blieben weitgehend erhalten. Ein Digitalministerium ist kein Thema, mit dem man die nächsten Wahlen gewinnen kann, aber wer dort den Anschluss verpasst, wird die übernächsten ganz bestimmt verlieren.

**Digitalisierungs-
ministerium
notwendig**

Disclaimer:

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.